

HAN-Interview mit Birgit Stöver

"Das fällt auf die Stadt zurück"

211 000 Euro: So viel Geld muss der Bezirk Harburg im nächsten Jahr bei der Offenen Kinder- und Jugendarbeit einsparen. Der Hamburger Senat kürzt die entsprechenden Rahmenezuweisungen, Harburgs Verwaltung und Politik - beide SPD-geführt - wollen bis Ende September eine Streichliste fertigstellen. Jugendzentren, Spielhäuser, Treffpunkte, Bauspielplätze, sogar das Veranstaltungszentrum Rieckhof befürchten Kürzungen und damit die Schließung. Für Birgit Stöver (CDU), Mitglied im Familien-, Kinder und Jugendausschuss der Hamburgischen Bürgerschaft, sind Kürzungen in diesem Bereich tabu.



Birgit Stöver ist überzeugt: Kürzungen bei der Offenen Kinder- und Jugendarbeit sind der falsche Weg.

HAN:

Die Hamburger SPD will auf allen Ebenen und damit auch bei der Offenen Kinder- und Jugendarbeit sparen. Das klingt doch gerecht?

Birgit Stöver:

Olaf Scholz hat nach seiner Wahl gesagt, er möchte Hamburg zu einer kinder- und familienfreundlichen Stadt umbauen. Dann bei der Offenen Kinder- und Jugendarbeit zu kürzen, ist absurd. Dieser Bereich ist aus CDU-Sicht eine Tabuzone.

Harburger Anzeigen und Nachrichten

4. August 2012

Warum?

Die Angebote der Offenen Kinder- und Jugendarbeit erreichen die Familien direkt in den Stadtteilen. Die Mitarbeiter dieser Einrichtungen gehen direkt in die Familien. Die Arbeit setzt an, bevor Jugendamt oder der Allgemeine Soziale Dienst eingeschaltet werden muss. Eltern und Kinder haben über Jahre ein Vertrauensverhältnis zu den Mitarbeitern der Jugendzentren, Jugendhäuser und sonstiger Angebote aufgebaut. Das wird zerstört.

Mit welchen Folgen?

Wenn bei diesen Angeboten gespart wird, dann kommt das direkt auf die Stadt zurück, und zwar auch in Form von Kosten. Denn dann werden mehr Kinder- und Jugendliche beim Jugendamt landen.

Die SPD argumentiert, dass die Kürzungen in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit vertretbar sind, weil Hamburgs Schulen zu Ganztagschulen ausgebaut, die Schulangebote um 13 statt um 16 Uhr enden.

Natürlich muss man prüfen, an welchen Standorten Synergieeffekte genutzt werden. Aber an einigen Schulen ist die Umstellung zur Ganztagschule noch nicht abgeschlossen oder sie hat gerade erst begonnen. Man kann doch nicht jetzt auf Basis von Vermutungen sagen, wo gekürzt werden kann.

Aber auch der CDU ist doch klar: Hamburg muss sparen. Wenn die Offene Kinder- und Jugendarbeit tabu ist, wo kann denn dann gespart werden?

Ich will es mal anders sagen. Der Energienetz-Rückkauf für mehr als eine halbe Milliarde Euro, die 420-Millionen-Euro-Bürgschaft für Hapag-Lloyd: Das hätte sich Hamburg alles sparen können. In diesen Millionen wären die Rahmenezuweisungen für Harburg - sogar die für alle Hamburger Bezirke - locker drin gewesen.

Bis Ende September will die SPD ihre Streichliste beschließen. Wie bereiten Sie sich als Opposition darauf vor?

Meine Partei-Kollegin aus dem Bezirk - Treeske Fischer - und ich besuchen zahlreiche Einrichtungen. Wir wollen wissen, wovon wir reden. Denn die Debatte hat gerade erst begonnen.

Von Florian Kleist